

Tafel 10: EJJP - Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost

Amsterdamer Erklärung

der European Jews for a Just Peace (EJJP):

Am 19. / 20. September 2002 haben zahlreiche jüdische Friedensorganisationen aus 9 europäischen Ländern in Amsterdam, in einer Abschlusserklärung die israelische Regierung aufgefordert, ihre augenblickliche Politik zu ändern und folgende Forderungen zu erfüllen:

1. Das sofortige Ende der Besatzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ostjerusalem sowie die Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967.
2. Vollständige Räumung aller jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten
3. Anerkennung des Rechtes beider Staaten, Jerusalem als ihre Hauptstadt anzusehen
4. Offizielle Anerkennung des Anteils Israels am palästinensischen Flüchtlingsproblem

Alle anderen Regierungen, die Vereinten Nationen sowie die Europäische Union wurden aufgefordert, Druck auf die israelische Regierung dahingehend auszuüben, diese Forderungen umzusetzen.



Jüdische Stimme für
gerechten Frieden in Nahost
(EJJP Deutschland)



European Jews for
a Just Peace
(EJJP)

www.juedische-stimme.de

Aufruf „Kein anderer Weg“

der EJJP vom 11. September 2005 in London

Auf der Jahresplenartagung der EJJP 2005 in London, am 11. September 2005 wurde ein Aufruf zu Boykott, Divestment und Sanktionen gegen die israelische Okkupation und ihr illegales Vorgehen verabschiedet. In der Erklärung heißt es:

„[...] Israel, ein mächtiger Staat, der das Land eines anderen Volkes besetzt, ist ein gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft und muß genauso verantwortlich gemacht werden für seine Politik und Aktionen im Lichte der anerkannten internationalen Normen, wie alle anderen Staaten. Jedes andere Herangehen an die Beurteilung des Staates Israel würde wieder eine nicht tolerierbare Unterscheidung bedeuten, die unvermeidlich als „antisemitisch“ bezeichnet werden muß. [...]“

„[...] Es ist an der Zeit, unsere Kritik und Opposition gegen die israelische Regierung und Politik durch effektive gewaltlose Maßnahmen zu erhitzen. Wir sind davon überzeugt, daß die einzigen politischen gewaltlosen Maßnahmen, die Einfluß auf die israelische Regierung haben können, Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen gegen die Okkupation sind, da die Verbreitung von Informationen, Protestaktionen, Demonstrationen, legale Aktionen und Lobbyismus bisher nichts erreicht haben. [...]“

Die EJJP schlagen folgende Aktivitäten vor:

Boykott

„[...] Ein Boykott gegen Produkte aus den Siedlungen und gegen Firmen, die Häuser für die Siedlungen bauen, oder die eine besondere Rolle spielen bei der Aufrechterhaltung der Okkupation auf der Basis einer Kampagne und einer jährlich erneuerten Liste von Produkten, die von Gush Shalom schon vor einigen Jahren initiiert worden ist.

Ziviler Boykott aller israelischen Produkte in Europa solange, wie sie nicht ordnungsgemäß gekennzeichnet sind, so daß nicht nur Zollbehörden, sondern auch jeder europäische Bürger beurteilen kann, ob das Produkt aus den okkupierten palästinensischen Territorien oder aus Israel stammt. [...]“

Divestment

„[...] Gewaltloser Druck durch die Boykott- und Informationskampagnen sollte auf die Firmen, Institutionen, Organisationen und Personen ausgeübt werden, die durch ihre Beteiligung an der oder aktiven Beiträge zur Okkupation Profite erzielen, gleichgültig ob das direkt oder indirekt, öffentlich oder insgeheim geschieht.

Das schließt europäische und amerikanische Firmen ein, solche, wie zum Beispiel, Caterpillar Inc., Intel Inc. oder Soda Club, die Profit aus der massenhaften Vernichtung von palästinensischen Häusern und Gärten schlagen.

Dies schließt auch israelische Firmen ein, die von den Waren und der Arbeitskraft aus den Siedlungen abhängen oder Militärausrüstungen produzieren, die dazu dienen die Menschenrechte der Palästinenser zu verletzen. Weiterhin sind auch die Universitäten, Wissenschafts- und Entwicklungsinstitutionen, akademische Gruppen und Personen eingeschlossen, die Verbindungen zu der Okkupation haben und zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen. [...]“

Sanktionen

„[...] Handelssanktionen gegen Israel auf Grund seines Verstoßes gegen die „Freihandelsabkommen“, die sie mit der Europäischen Union vereinbart haben, die den Verkauf von Waren aus den Siedlungen unter der Kennzeichnung „Made in Israel“ untersagt, sowie die Verstöße gegen die Menschenrechtsbestimmungen, die die EJJP seit 2003 gefordert und dafür gekämpft hat.

Sanktionen gegen militärische Zusammenarbeit und Waffenexport. Die Jahresplenartagung der EJJP 2005 ruft die Regierungen von Europa, Amerika und Asien dazu auf, keinen Verkauf von Waffen an Israel mehr zuzulassen, die dazu benutzt werden die Okkupation aufrecht zu erhalten und in Übereinstimmung mit ihren eigenen Gesetzen zu handeln, die den Verkauf von Waffen an Länder, die in Kriege involviert sind oder erheblich gegen die Menschenrechte verstoßen, verbieten.

Zusätzlich muß existierendes internationales Recht gegen Israel eingesetzt werden und zu Sanktionen führen wegen ihres illegalen Waffengebrauchs gegen die Zivilbevölkerung, zum Beispiel, oder in Aktionen zu außergerichtlichen gezielten Tötungen, um nur zwei Verstöße zu nennen. [...]“



Jews Against the Occupation

A Jewish Voice of Opposition to the War on Palestinians



Folgende jüdische und israelische Organisationen befürworten die Idee des selektiven Boykotts und Sanktionen gegen Israel :

- ICAHD (Israel);
- Jewish Voice for Peace (US);
- Not in My Name (US);
- Mazpen (Israel/international);
- Matzpun (Israel/international);
- New Profile (Israel);
- Jews Against the Occupation (US);
- Jewish Voices Against the Occupation (US);
- Jewish Women for Justice in Israel and Palestine (US);
- Gush Shalom (Israel);
- Jews for Global Justice (US);
- Visions of Peace With Justice (US); u. a..

